

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

**13
80**

Union in Deutschland

Bonn, den 2. April 1980

Finanzchaos beseitigen

In den letzten Wochen sind finanzpolitische Grundsatzfragen in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte gerückt. Die weiter sprunghaft steigende Verschuldung der öffentlichen Hände begegnet zunehmender Kritik:

Bundeskanzler Schmidt und Bundesfinanzminister Matthöfer haben mehrfach nachdrücklich die Forderung nach einer Steuerneuverteilung zugunsten des Bundes und damit zu Lasten der Länder erhoben.

In der Öffentlichkeit und auch innerhalb der Bonner Regierungsparteien wird der Zweifel laut, ob angesichts der wachsenden Deckungslücke und der neuen außenpolitischen Verpflichtungen die Mehrausgaben und die geplanten Steuersenkungen in dem vorgesehenen Umfang verwirklicht werden können.

Dazu erklärte der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Ministerpräsident Stoltenberg: Die bedrohlich zunehmenden Fehlbeträge belasten die öffentlichen Hände gleichermaßen. Die politische Hauptverantwortung für eine verfehlte Finanzpolitik der siebziger Jahre trägt die Bonner Koalition. Es ist deshalb im Ansatz falsch, wenn die Bundesregierung die selbst verschuldete Finanzkrise jetzt auf Kosten der Länder und Gemeinden lösen will. (Weiter auf Seite 2)

■ WAHLJAHR '80
Neue Informationen und Werbematerial für Aktionen zum Vorwahlkampf rosa Teil

■ LIEBE FREUNDE
Ein Brief von Bundesgeschäfts-führer Ulf Fink mit Hinweis auf die Vorwahlkampfphase Seite 5

■ SOZIALPOLITIK
Das Wahlprogramm der SPD nimmt die Arbeitslosen nicht zur Kenntnis Seite 7

■ RECHT
Es wird zuwenig an die Opfer der Gewaltverbrechen gedacht Seite 11

■ DEUTSCHE EINHEIT
Wiedervereinigungsgebot wird dauernd unterlaufen Seite 12

■ GESUNDHEIT
Krankenhausfinanzierung — ein mangelhaftes Gesetz Seite 13

■ BÜROKRATIE
Union will Gesetzesflut eindämmen Seite 14

■ SPORT
Steuererleichterung für Vereine — ein Erfolg der Union Seite 15

■ DOKUMENTATION
CDU-Programm zum Abbau der Arbeitslosigkeit grüner Teil

Vielmehr muß in Bonn endlich ein finanzpolitischer Kurswechsel zur strengen Sparsamkeit und zur Solidität eingeleitet werden. Nur so können die Voraussetzungen für eine Begrenzung und die schrittweise Rückführung des Schuldenstandes geschaffen werden. Nur so kann auch der Spielraum für verantwortbare Steuersenkungen erhalten bleiben.

Die seit Jahren verlorengegangene Übereinstimmung von Sach- und Finanzplanung ist wiederherzustellen. Von unrealistischen Wachstumserwartungen für die achtziger Jahre sollte auch in der Finanzplanung Abstand genommen werden. Es gibt keinen anderen Weg: Die Zunahme der Ausgaben muß deutlich verlangsamt werden. Die zahlreichen von der Bundesregierung oder der Mehrheit des Bundestages angekündigten neuen Programme oder Gesetzesbeschlüsse sind nicht in der vorliegenden Form zu finanzieren, weil sonst die Zukunftsprobleme unlösbar werden.

Die Fehler der Regierung

Die Bundesregierung beging einen schweren, vielleicht nicht mehr korrigierbaren Fehler, als sie die wirtschaftlich relativ günstigen Jahre 1976 bis 1979 nicht zu einer wirksamen Konsolidierungspolitik für die öffentlichen Finanzen nutzte. Sollte der von vielen Wirtschaftswissenschaftlern vorhergesagte starke Konjunktur-einbruch 1981 Wirklichkeit werden, so würde der extrem hohe Schuldenstand die Finanzpolitik fast völlig actionsunfähig machen.

Bei stagnierenden oder rückläufigen Steuereinnahmen müßten hohe Kredite benutzt werden, um die jetzigen Ausgaben einigermaßen zu sichern. Der Spielraum für konjunkturfördernde steuerliche Entlastungen oder zusätzliche Ausgaben wäre nicht mehr gegeben.

Bis 1974 lag die Deckungsquote (Verhältnis der Einnahmen ohne Kredite zu

den Ausgaben) beim Bund deutlich über der von Ländern und Gemeinden. Seit 1975 hat sich diese Relation verändert. Aber ab 1977 gibt es wieder eine Annäherung der Kurven. 1979 und 1980 ist nach den Berechnungen der Länderfinanzminister die Situation für den Bund wieder günstiger als bei den Ländern.

Artikel 106 Absatz 3 des Grundgesetzes sagt, daß „der Bund und die Länder gleichmäßig Anspruch auf Deckung ihrer notwendigen Ausgaben haben“. Wir erkennen an, daß der Bund durch die internationalen Krisen seine Aufwendungen für die Verteidigung und die auswärtige Politik verstärken muß.

Die Versäumnisse

Die Bundesregierung hat es jedoch bis jetzt versäumt,

- die Größenordnungen für die künftigen Jahre offen darzulegen und in eine neue Aufgaben- und Finanzplanung einzubeziehen;
- die unvermeidlichen Einsparungen in anderen Bereichen über das Jahr 1980 hinaus zu bestimmen und
- die erforderlichen Folgerungen für die laufende finanzwirksame Gesetzgebung zu ziehen.

Der Bundeskanzler redet in den letzten Wochen zwar häufig von „Opfern“, aber niemand weiß bis jetzt, was dies konkret für die Finanzpolitik der Bundesregierung bedeutet.

Es fehlt deshalb in Bonn an einer glaubwürdigen und berechenbaren Innenpolitik. Während Schmidt und Matthöfer die Einnahmen der Länder und Gemeinden drastisch verringern wollen, propagieren andere Bundesminister neue Milliardenvorhaben auf unsere Kosten, bei der Bildungsplanung, durch Umweltschutzgesetze, bei der Jugendhilfe, in der Rechtspolitik und in zahlreichen anderen Bereichen.

Der Bund muß sparen

Der Bund sollte zunächst im eigenen Zuständigkeitsbereich sparen. Er muß darüber hinaus aufhören, in verfassungsmäßige Aufgaben der Länder und Gemeinden durch unkoordinierte Haushaltsansätze, Planungen und Programme einzugreifen.

Die meisten Bundesländer sind nicht für die Beseitigung aller Gemeinschaftsaufgaben. Aber nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre ist eine „Flurbereinigung“ notwendig geworden. Eine Reihe von Mischfinanzierungen führen zu einem unvertretbaren Verwaltungsaufwand und beträchtlichen Reibungsverlusten.

Wir werden deshalb neuen „Modellvorhaben“ des Bundes in unserem Verantwortungsbereich nicht mehr zustimmen; mehrere Haushaltstitel außerhalb der Zuständigkeit des Bundes sollten gestrichen werden. Falls die verstärkten internationalen Verpflichtungen des Bundes es unabweisbar machen, sind wir bereit, ihn bei einigen Mischfinanzierungen finanziell zu entlasten, zum Beispiel bei der Stadtentwicklung oder dem Krankenhausbau.

Voraussetzung hierfür sind eine neue, aufgabengerechte und sparsame Finanzplanung und der Verzicht auf eine weitere nachhaltige Belastung der Länder und kommunalen Selbstverwaltung durch die Bonner Gesetzgebung.

Vorrang für Steuerentlastungen

Die Steuerentlastungen haben in dieser Wahlperiode Vorrang vor neuen finanzwirksamen Gesetzen. Es ist deshalb zu erwarten, daß der Bundesrat auch in seinen kommenden Sitzungen bei mehreren kostspieligen Vorlagen den Vermittlungsausschuß anruft, um Einsparungen zu erzielen.

Wir erwarten, daß die Regierungsparteien an dieser Politik der Begrenzung der Ausgaben konstruktiv mitarbeiten.

INFORMATION

Das Ende des Mondscheintarifs

Seit dem 1. April ist es mit dem beliebten Mondscheintarif zu Ende. Er wird durch den sogenannten Billigtarif abgelöst, durch den die Gespräche zwischen 22.00 und 6.00 Uhr sowie samstags ab 14.00 Uhr bis montags um 6.00 Uhr um 75 Prozent — in Worten: um fünfundsechzig Prozent — teurer werden. So macht der Bundespostminister preisgünstiges Telefonieren über den Billigtarif bald doppelt so teuer. Sicherlich werden die Gespräche ab 18.00 Uhr

Antragsfrist zum 28. Bundesparteitag

Nach § 5, Absatz 1, der Geschäftsordnung der CDU sind Anträge für den Bundesparteitag dem Bundesvorstand schriftlich zuzuleiten. Sie müssen spätestens vier Wochen vor dem Bundesparteitag bei der CDU-Geschäftsstelle eingegangen sein.

Nach dieser Bestimmung endet die Antragsfrist für den 28. Bundesparteitag in Berlin am Montag, dem 21. April 1980.

Antragsberechtigte zum Bundesparteitag sind:

1. der Bundesvorstand der CDU,
2. der Bundesausschuß der CDU,
3. die jeweiligen Vorstände der Bundesvereinigungen,
4. die jeweiligen Vorstände der CDU-Landesverbände und der Exil-CDU,
5. die jeweiligen Vorstände der Kreisverbände.

bis 22.00 Uhr und von morgens 6.00 bis 8.00 Uhr etwas billiger. Aber was der Bundespostminister mit der einen Hand gibt, nimmt er mit der anderen Hand wieder weg.

Hier zeigt sich deutlich, daß die Lebensgewohnheiten des Bürgers zum Spielball staatlicher Manipulation geworden sind. Erst wird der auf Kontinuität bei staatlichen Leistungen vertrauende Bürger darauf getrimmt, abends nach 22.00 Uhr sowie samstagnachmittags und sonntags zu telefonieren. Hat er sich daran gewöhnt, dann heißt es auf einmal April, April. Es ginge nur darum, den Bürgern das Telefonieren schmackhaft zu machen.

Eine Begründung für diese Manipulation wird vom Bundespostminister nicht gegeben. Warum sollte er auch; denn dann müßte er die zunehmenden Leistungsblockaden zugeben und erklären, warum er das Telefonnetz nicht stärker ausgebaut hat. Der Bundespostminister muß dann ferner zugeben, daß er lieber seine zunehmenden Überschüsse von jährlich fünf bis sechs Milliarden Mark in Rücklagen und in Rückstellungen anlegt, um damit den Eigenkapitalanteil der Post an die 50-Prozent-Marke heranzubringen, oder mit Telefongebühren in Milliarden-Höhe den Bundeshaushalt subventioniert.

Spitzengespräch zwischen CDU und DGB

Die Gewerkschaften dürften im Wahlkampf nicht stumm bleiben; sie dürfen sich jedoch nicht als Wählerinitiative einer bestimmten Partei zur Verfügung stellen. In dieser Auffassung haben Mitglieder des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Vorstandsmitglieder der CDU übereingestimmt. Sie hatten sich in Königswin-

ter zusammen mit dem geschäftsführenden Vorstand der Sozialausschüsse zu einem Gespräch getroffen, das auf Veranlassung des Vorstandes der Sozialausschüsse veranstaltet worden ist. Von der CDU waren außer Norbert Blüm, Kurt H. Biedenkopf, Heiner Geißler, Ulf Fink und Elmar Pieroth beteiligt.

DGB für bruttolohnbezogene Rentenanpassung

In der Rentenpolitik bestehen zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der SPD deutliche Unterschiede. Darauf hat der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende Muhr bei der Vorlage des neuen sozialpolitischen Programms seiner Organisation hingewiesen. So fordern die Gewerkschaften die Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rentenanpassung von 1982 an. Bestrebungen nach einer Rentenerhöhung im Ausmaß der Nettolohnsteigerungen oder einer Bruttoanpassung mit entsprechendem Abschlag hat Muhr eine Absage erteilt.

Sowjets lieferten selbst Argument für Olympia-Boykott

Die Sowjets haben nach Ansicht des CDU-Bundestagsabgeordneten Ferdi Tillmann selbst die Argumente formuliert, die heute gegen eine Ausrichtung der Olympischen Spiele in Moskau sprechen. Tillmann zitierte die Zeitschrift „Sowjetskij Sport“, die vor Jahresfrist die Aufnahme Pekings in die olympische Bewegung unter Hinweis auf kriegerische Auseinandersetzungen zwischen China und Vietnam abgelehnt hatte. In dem Artikel habe es geheißen: „Kann denn der von China entfesselte aggressive bandenartige Krieg gegen das sozialistische Vietnam als Argu-

(Fortsetzung auf Seite 6)

Liebe Freunde,

die CDU-Bundesgeschäftsstelle unterteilt ihre Planungen für den Wahlkampf 1980 in vier Phasen:

die Vorbereitungs- und Informationsphase, die im Dezember 1979 mit der Verteilung von Materialien betr. Kanzlerkandidat und Grundsatzprogramm abgeschlossen wurde;

die Vorwahlkampfphase I, die mit dem Bundesparteitag vom 18. bis 20. Mai 1980 in Berlin abgeschlossen wird;

die Vorwahlkampfphase II, die bis zur Wahlkampferöffnung am 14. September 1980 in Dortmund dauert, und

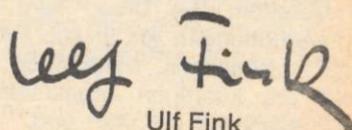
dann die heiße Phase des Wahlkampfes, der Hauptwahlkampf, bis zum Wahltermin am 5. Oktober 1980.

Kürzlich habe ich Sie mit den Plänen für die Vorwahlkampfphase II — Zielgruppenkampagne — vertraut gemacht. Heute möchte ich Sie auf die nun bereits zur Verteilung anstehenden Maßnahmen der Vorwahlkampfphase I aufmerksam machen. Auf den „rosa Seiten“ werden die neuen Materialien vorgestellt, die ab sofort beim IS-Versandzentrum, Postfach 66 66, 4830 Gütersloh, bestellt werden können. Neben Kurzdokumentationen und Broschüren zum Thema Umwelt und äußere Sicherheit möchte ich Sie besonders auf das aktualisierte Handbuch für die innenpolitische Argumentation aufmerksam machen. Hier werden in prägnanter, präziser Form die Probleme beschrieben, die Fehler der SPD und FDP dargestellt und unsere besseren Alternativen zu allen großen innenpolitischen Problemen aufgeführt.

Ganz besonders möchte ich Sie aber auf unsere neue Illustrierte mit dem Titel „Für eine lebenswerte Zukunft“ hinweisen. Das zum Verteilen hervorragend geeignete Blatt legt die geistigen und organisatorischen Grundlagen der CDU dar und handelt die wichtigsten politischen Themen für den Bundestagswahlkampf 1980 ab. Die Lektüre der „rosa Seiten“ empfiehlt sich auch deshalb, weil hier noch eine Reihe weiterer Tips für die Wahlkämpfer gegeben werden.

Viele von uns sind voll in den wichtigen Landtagswahlkämpfen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland engagiert oder haben gerade erfolgreiche Wahlschlachten wie unsere Freunde in Baden-Württemberg hinter sich. Meine Bitte richtet sich besonders an die Freunde in den nichtlandtagswahlkampfführenden Verbänden, sich jetzt schon ganz besonders für die Sache der Union zu engagieren. Von Ihrem Einsatz hängt der Sieg der Union bei der Bundestagswahl am 5. Oktober ab.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr



Ulf Fink

(Fortsetzung von Seite 4)

ment für die Aufnahme in die olympische Bewegung dienen? Die Olympischen Spiele sind ein großes Weltfest der Menschheit: Wer darf da mit blutbefleckten Händen zu diesem Fest erscheinen? Und dieses Blut von friedlichen vietnamesischen Bürgern an den Händen der Pekinger Aggressoren ist das größte Hindernis auf dem Weg Chinas in die olympische Familie.“

Humanisierung ohne Ideologie

In einer ersten Stellungnahme zur Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der CDU/CSU zur „menschgerechten Gestaltung der Arbeitsbedingungen“, erklärt Ludwig Gerstein (MdB), Mitglied des Ausschusses für Forschung und Technologie, offensichtlich habe sich nun auch die Bundesregierung von der Berechtigung der Kritik der CDU/CSU an Teilen des Programms „Humanisierung des Arbeitslebens“ überzeugen lassen müssen. Erfreulicherweise gehe aus den Antworten hervor, daß die Bundesregierung das Programm „Humanisierung des Arbeitslebens“ wieder praxisnäher gestalten wolle. Der Schwerpunkt der Forschungsarbeiten müsse allerdings bei den Arbeitswissenschaften und nicht bei den Sozialwissenschaften liegen.

In den Antworten der Bundesregierung sind keine Aussagen enthalten, wie die Neuorganisation des Programms nun aussehen soll. Die Union wird in der Debatte zu den Antworten der Großen Anfrage entsprechende Vorschläge zu den notwendigen Forschungsarbeiten unterbreiten. Die Union wird weitere Mittelerhöhungen für dieses Programm nicht unterstützen, wenn nicht Klarheit über die künftigen organisatorischen Bedingungen geschaffen wird.

Jeder fünfte Schüler braucht Nachhilfe

Jeder fünfte Schüler braucht nach Feststellungen der Schüler-Union Nachhilfe. Wie ihr Bundesvorsprecher Christian Wulff mitteilte, wurden rund 345 000 Fragebögen in den vergangenen Wochen verteilt. Fast 65 000 Schüler gaben sie ausgefüllt zurück.

Mehr als die Hälfte plädierten dafür, daß beim Notengeben der Anteil des Mündlichen gegenüber dem Schriftlichen angehoben werden müsse. Fast ebenso viele Schüler lehnten Nachmittagsunterricht ab, auch wenn dies auf Kosten einer Fünftagewoche an den Schulen gehen würde. Als ein „skandalöses Ergebnis“ bezeichnete es Wulff, daß es der Umfrage zufolge an den meisten Schulen offensichtlich immer noch nicht gelungen sei, Klassenarbeiten und sonstige Prüfungen gleichmäßig über das Jahr zu verteilen.

Autor Kirst verteidigt Strauß

Einer der ältesten Strauß-Kritiker, der Schriftsteller Hans Hellmut Kirst („08/15“), hat den CSU-Vorsitzenden gegen die ständig wiederholten Diffamierungen, Franz Josef Strauß sei „NS-Führungsoffizier“ in der Wehrmacht gewesen, in Schutz genommen. Im Bayerischen Rundfunk betonte Kirst, daß er die militärische Vergangenheit von Strauß aus eigener Anschauung recht gründlich kenne und sogar in den letzten Wochen des Krieges mit ihm zusammen in Schongau in einer Flak-Einheit Dienst versehen habe. „Als ich ihn kennenlernte in den letzten Tagen des Krieges“, berichtet der Schriftsteller über seine Begegnungen mit Strauß, „wurde von ihm gesagt, er sei ein Katholik und ein lautstarker Anti-Nazi“.

■ SOZIALPOLITIK

Das Wahlprogramm der SPD nimmt die Arbeitslosen nicht zur Kenntnis

Seit Jahren ist die Arbeitslosigkeit ein finanziell besonders schwerwiegendes und menschlich unerträgliches Problem. Die Zahl der Arbeitslosen verharrt nun schon seit Jahren bei einer Million. Die wirtschaftlichen und demographischen Daten geben zu der Sorge Anlaß, daß — wenn nichts geschieht — die Arbeitslosigkeit auch in der Zukunft ein Dauerproblem bleibt, stellte Generalsekretär Heiner Geißler in Bonn fest:

Die CDU findet sich mit der Arbeitslosigkeit nicht ab. Die Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland dürfen nicht zu einer vergessenen Million werden. Die Arbeitslosigkeit kostet Jahr für Jahr den Staat und die Sozialversicherungsträger über 20 Milliarden DM, nicht gerechnet den Produktionsausfall. Schwerer wiegt: hinter diesen nüchternen Zahlen verbirgt sich millionenfaches menschliches Leid. Arbeitslosigkeit bedeutet heute für viele sozialen Abstieg, familiäre Belastung, soziale Isolierung und das Gefühl individuellen Versagens. Die Belastungen und Kosten, die daraus für den einzelnen und die Gesellschaft entstehen, werden in der öffentlichen Diskussion kaum berücksichtigt.

Das Wahlprogramm der SPD nimmt die Arbeitslosigkeit und die daraus resultierenden wirtschaftlichen und menschlichen Schäden nicht zur Kenntnis. Die

angebliche Partei der Arbeitnehmer hat die Arbeitslosen vergessen. Die Bundesregierung richtet sich darauf ein, mit der Millionenarbeitslosigkeit zu leben.

Die CDU ist der Überzeugung, daß die Arbeitslosigkeit kein unabwendbares Schicksal, sondern eine wirtschaftliche und soziale Herausforderung ist, die gemeistert werden kann. Die Instrumente zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung sind bekannt. Die CDU hat zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung wie auf keinem anderen Gebiet immer wieder Initiativen ergriffen.

Mit der jetzt vorgelegten Initiative des Bundesfachausschusses Sozialpolitik zur Weiterentwicklung des Arbeitsförderungsgesetzes werden Vorschläge gemacht, die auf eine Qualifizierung der Arbeitslosen und auf eine Erhöhung der Mobilität der Arbeitslosen abzielen. Mit diesen Vorschlägen trägt die CDU der Tatsache Rechnung, daß auf der einen Seite Arbeitskräfte gesucht und auf der anderen Seite keine Arbeitsplätze gefunden werden.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt eine soziale und wirtschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges. Es ist nicht nur humaner, sondern auch ökonomischer und finanzpolitisch sinnvoller, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, anstatt sie zu verwalten und zu finanzieren.

Der Vorsitzende des Bundesfachauss-

schusses Sozialpolitik, MdB Adolf Müller (Remscheid), erklärt dazu:

Um die Arbeitslosigkeit abzubauen, brauchten wir ein Wirtschaftswachstum von über 4 Prozent. Für 1980 wird von den Wirtschaftsforschungsinstituten aber allenfalls ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent erwartet. Angesichts der Tatsache, daß das Erwerbspotential 1980 aufgrund der demographischen Entwicklung um 134 000 auf 24,9 Millionen ansteigt, reicht dieses Wachstum bestenfalls, um die Arbeitslosenzahlen bei der Millionenmarke zu stabilisieren. Die letzten Meldungen aus Nürnberg verstärken eher noch diese negative Arbeitsmarktperspektive für 1980, denn für die zweite Jahreshälfte 1980 erwartet die Bundesanstalt für Arbeit einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen.

Wir müssen demnach davon ausgehen, daß 1980 das sechste Jahr sein wird, in dem bei uns eine Million Menschen ohne Arbeit sein werden.

Unter der Verantwortung von SPD und FDP haben sich in der Bundesrepublik Vollbeschäftigung in Millionenarbeitslosigkeit verkehrt. Eine klägliche Bilanz für SPD und FDP. Die Koalitionsparteien haben sich an Millionenarbeitslosigkeit gewöhnt und finden sich auf dem Rücken der Betroffenen damit ab.

Eine Detaildiagnose des Arbeitsmarktes zeigt viele scheinbar gegensätzliche Elemente: Trotz annähernd einer Million Arbeitslose sind 312 000 offene Stellen gemeldet, und über Facharbeitermangel wird allenthalben geklagt. Von 146 Arbeitsämtern verzeichnen 18 eine Arbeitslosenquote unter 2 Prozent — 21 Arbeitsämter dagegen eine Quote über 5 Prozent. Aus der Detaildiagnose ergibt sich auch, daß besondere Vermittlungsschwierigkeiten bei älteren,

behinderten, langfristig Arbeitslosen sowie Frauen gegeben sind.

Eine Politik, die sich nicht mit Millionenarbeitslosigkeit abfindet und die Betroffenen nicht sich einfach selbst überläßt, muß deshalb die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf eine Förderung der beruflichen und regionalen Mobilität und eine Verbesserung der Vermittlungschancen ausrichten.

Der Bundesfachausschuß Sozialpolitik hat deshalb in Ergänzung des Wirtschaftspolitischen Programms Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Arbeitsförderungsgesetzes entwickelt. (**Siehe auch UID 13/80, Dokumentation Grüner Teil.**)

Diese Maßnahmen verursachen zusätzliche Kosten, die von der Union in einen finanziellen Gesamtrahmen eingepaßt werden. Die Höhe der Kosten hängt davon ab, in welchem Umfange von den verbesserten Möglichkeiten Gebrauch gemacht wird. Selbst bei größter Inanspruchnahme stehen der Bundesanstalt für Arbeit die hierfür erforderlichen Mittel zur Verfügung, weil sie gem. §§ 188, 240 AFG ab 1. Januar 1981 von der anstaltsfremden Last der Arbeitslosenhilfezahlung befreit ist, die sie z. B. 1978 mit 1,3 Mrd. DM belastet hat.

Juso-Delegationen nach Moskau

Fragen der Abrüstung und der Entspannungspolitik standen im Mittelpunkt von Gesprächen, zu denen eine Delegation der Jungsozialisten unter Leitung ihres Bundesvorsitzenden Gerhard Schröder nach Moskau gereist war, wo zusammen mit dem Komitee der Jugendorganisationen der UdSSR ein Seminar über die Abrüstungs- und Entspannungspolitik stattfand.

■ KOALITION

Zum Freispruch des DKP-Funktionärs Hans Peter

Soweit bekannt, hat das Gericht festgestellt, daß die DKP eine Partei ist, deren Ziele mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind. Das Gericht hat nach den vorliegenden vorläufigen Informationen des weiteren festgestellt, daß die Kandidatur für diese verfassungsfeindliche Partei objektiv den Tatbestand einer Dienstpflichtverletzung erfüllt. Der Fernmeldehauptsekretär Peter ist jedoch aus subjektiven Gründen freigesprochen worden, weil „selbst seine maßgeblichen Vorgesetzten eine Pflichtverletzung im Sinne des Bundesbeamten gesetzes verneinen“, erklärte MdB Benno Erhard zu der Urteilsbegründung.

Damit ist in Wirklichkeit eine Verurteilung der Politik der sozial-liberalen Koalition und der von maßgeblichen Politikern von SPD und FDP geäußerten Rechtsauffassung erfolgt. Der Vertreter des Bundespostministers hatte noch in der Sitzung erklärt, die Kandidatur für eine verfassungsfeindliche Partei überschreite noch nicht die Schwelle des Dienstvergehens; der Minister halte es auch für falsch, daß die Treuepflicht der Beamten nicht nach Funktionen abgestuft bemessen werde. Im Klartext: das Gericht hat den kleinen Beamten Hans Peter freigesprochen, weil es zu der Auffassung gelangt ist, daß man ihm eine pflicht- und rechtswidrige Haltung nicht vorwerfen könne, wenn diese auch von seinen Vorgesetzten und den politischen Verantwortlichen vertreten werde.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich in dieser Frage endlich wieder an

Gesetz und Recht zu halten. Das vorliegende Urteil zeigt, daß anderenfalls für unseren freiheitlichen Rechtsstaat große Gefahr droht; denn jeder pflichtwidrig handelnde Beamte kann sich künftig darauf berufen, daß die im Parlament gewählte Regierung selbst gegen die Verfassung und die geltenden Gesetze verstößt.

Wer stoppt Wehner?

Zu den jüngsten Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Philipp Jenninger: Im Beschönigen, Entschuldigen, Verniedlichen und Be schwächtigen des sowjetischen Imperialismus seien Wehner, Brandt und Bahr unübertroffen. Man könne sich nicht erinnern, daß die Sowjetunion im demokratischen Westen jemals solch beredte Dolmetscher, solch beflissene und verständnisvolle Interpreten gehabt habe, und das angesichts eines brutalen und durch nichts zu rechtfertigenden Angriffs- und Eroberungskrieges.

Jenninger wörtlich: „Wer stoppt endlich Herbert Wehner? Wer hat in der SPD noch die Kraft bzw. die Macht dazu? Der Bundeskanzler offenbar nicht. Hier steht mehr auf dem Spiel als die Demontage Schmidts durch die eigene Partei und durch die notorischen Apologeten der Sowjetunion: es geht um die Glaubwürdigkeit unseres Landes und die Substanz unserer Außenpolitik. Die SPD von Wehner, Brandt und Bahr droht zur Gefahr für Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu werden.“

Gemeinsam mit Kommunisten

Zum Eintritt der acht SPD-Bundestagsabgeordneten Dieter Lattmann, Klaus Thüsing, Manfred Coppik, Hans-Joachim

chim Hoffmann, Erich Meinike, Ernst Waltemathe, Karl-Heinz Hansen und Ekkart Kuhlwein in die kommunistische Tarnorganisation „Presseausschuß Demokratische Initiative (PDI)“ erklärte MdB Carl Dieter Spranger, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Innenausschuß: Dieser Beitritt ist ein schwerer Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der SPD, vor allem gegen die bis heute formal bestehende aber offenbar nicht mehr geltende und in ungezählten Fällen unterlaufene Entschließung des Parteirats vom 14. November 1970, die den SPD-Mitgliedern alle Formen gemeinsamer Aktivität mit Kommunisten untersagt und Zuwiderhandlungen mit Parteiordnungsverfahren bedroht.

Der PDI, 1968 auf Veranlassung der kommunistischen Frontorganisation VVN gegründet, stellt eine Form organisierter „Aktionseinheit“ im Sinne der Kommunisten dar. Er hat nicht nur vier namhafte und führende DKP-Mitglieder, sondern auch zahlreiche Funktionäre kommunistisch unterwanderter Organisationen in seinen Reihen. Das macht es selbstverständlich, daß der PDI nach rechtskräftigem Urteil selbst als kommunistische Tarnorganisation zu bezeichnen ist.

SPD biedert sich bei Kommunisten an

Der Ministerialdirektor im Berliner Bundeshaus, Hermann Kreutzer (SPD), hat die ablehnende Haltung innerhalb der Berliner SPD zu einer antikommunistischen Woche der Berliner Jungen Union (JU) scharf kritisiert und als „deplaziert“ bezeichnet. Kreutzer verurteilt vor allem die in der Presse wiedergegebene Auffassung des Berliner Regierenden Bürgermeisters Stobbe, der eine derartige Auseinandersetzung mit

dem Kommunismus offenbar als „überflüssig“ und „von gestern“ erachte.

Auf einer JU-Podiumsdiskussion in Wilmersdorf sagte Kreutzer, eine solche Haltung bedeute politischen und moralischen Verrat beispielsweise an jenen Sozialdemokraten, die ihren Einsatz für Demokratie im unfreien Teil Deutschlands mit dem Leben bezahlen mußten. „Ich identifiziere mich mit meinen Ge- nossen, die in den Gefängnissen der DDR umgebracht worden sind“, sagte Kreutzer.

Verantwortungslose FDP

Zu den Vorschlägen der FDP zur „Entsärfung der Terrorismusgesetze“ erklärt der Obmann der Unionsfraktion im Innenausschuß des Bundestages Carl-Dieter Spranger, das Herumspielen an den von allen Parteien einvernehmlich beschlossenen Anti-Terror-Gesetzen sei im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders verantwortungslos. Sogar der FDP-Innenminister von Nordrhein-Westfalen Burkhard Hirsch habe im Februar dieses Jahres die Befürchtung geäußert, es seien neue Aktionen terroristischer Gewalttäter zu erwarten. Er sei mit seinen Voraussagen leider durch den Anschlag auf das Bundesarbeitsgericht in Kassel bestätigt worden.

Die höchsten Gerichte haben festgestellt, daß das Kontaktsperrgesetz ebenso wie § 88 a des Strafgesetzbuches verfassungskonform sind. Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage am 17. Januar 1980 im Deutschen Bundestag erklärt, daß das Kontaktsperrgesetz während der Schleyer-Entführung wirksam war und konspirative Kontakte zwischen Gefangenen und der Außenwelt unterbunden hat.

■ RECHTSPOLITIK

Es wird zu wenig an die Opfer von Verbrechen gedacht

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine Anhörung zum Thema „Verbesserung der Hilfe für die Opfer von Gewalttaten“ durchgeführt. Dazu erklärt der Bundestagsabgeordnete Benno Erhard, Vorsitzender des Arbeitskreises für Innen- und Rechtspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Nach übereinstimmender Meinung aller Experten berücksichtigt die bisherige Aufgabenstellung von Polizei, Justizbehörden und Versorgungsämtern zu wenig die besondere Situation der Verbrechensopfer. Polizei und Justiz sehen in den Opfern von Verbrechen in erster Linie Mittel zur Aufklärung und Verfolgung von Straftaten. Über das Verteilen von Merkblättern hinsichtlich etwaiger Entschädigungsansprüche geht die amtliche Hilfe in der Regel nicht hinaus.

Von negativer Erfahrung entmutigt, wird der Gang zum Versorgungsamt häufig erst gar nicht angetreten. Artikulationsschwierigkeiten, die Scheu vor bürokratischer Mühsal, aber auch die Furcht vor zusätzlichen seelischen Belastungen infolge der andauernden Konfrontation mit den Begleitumständen der erlittenen Untat kommen hinzu.

Ein Vergleich der Zahl der in der Kriminalstatistik angegebenen Gewaltverbrechen mit der Zahl der Anträge auf Leistungen nach dem geltenden Opfer-

schädigungsgesetz belegt jedenfalls, daß selbst die bestehenden Rechtsansprüche erst minimal ausgeschöpft werden.

Bemerkenswert ist ferner, daß von den gestellten Anträgen nur ein Bruchteil positiv beschieden wird. Im Bundesdurchschnitt waren es von 1976 bis 1978 rund 10 Prozent. Die psychosomatischen Folgewirkungen von erlittenen Gewaltverbrechen werden oftmals engherziger beurteilt als ähnliche Folgeerscheinungen in Wiedergutmachungsangelegenheiten.

Die bei der Anhörung gemachten Vorschläge zur Verbesserung der Hilfe für Verbrechensopfer beschränkten sich nicht auf eine Empfehlung zur Novellierung des DEG, sondern es wurde anliert, die OEG, sondern es wurde anversuch „Präventionsprogramm PPS“, der eine frühzeitige Einschaltung von Sozialarbeitern und die Gewährung tatnaher Hilfe zugunsten der Verbrechensopfer vorsieht, auch in anderen Bundesländern zu erproben.

Die CDU/CSU wird die in dieser Anhörung vorgetragenen Vorschläge sorgfältig prüfen, um baldmöglichst die Schritte zu ihrer Verwirklichung in die Wege zu leiten. Sie wird dabei auch den Gedanken in Erwägung ziehen, durch die Gründung einer besonderen Stiftung den Opfern von Gewaltverbrechen ohne bürokratisches Spießrutenlaufen in ihrem Leid zu helfen.

■ DEUTSCHE EINHEIT

Wiedervereinigungsgebot wird dauernd unterlaufen

Das Wissen von Schülern über die jüngere deutsche Geschichte ist erschreckend zurückgegangen, das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes verliert für unsere junge Generation immer mehr an Bedeutung.

Dies ist der politische Kernpunkt einer großen Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über einen Beitrag der Bundesregierung zur Stärkung des Bewußtseins von der Einheit der Deutschen Nation in Unterricht und Bildung.

Regierungsäußerungen, die immer wieder betonen, wie „normal“ die Lage in Deutschland sei, und Diskussionsbeiträge aus der SPD, die unverhüllt vom Wiedervereinigungsgebot abrücken, haben eine starke Verunsicherung hervorgerufen. Deswegen war es sehr erfreulich, daß die Konferenz der Kultusminister (KMK) im November 1978 einstimmig einen Beschuß über „Die deutsche Frage im Unterricht“ verabschiedete. Der Beschuß hält — zum Verdruß der SPD-Linken — eindeutig fest, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch von 1945 rechtlich überdauert hat und daß die Ostverträge keine friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland vorwegnehmen.

Horst Ehmke meinte dazu prompt, daß mit dem KMK-Beschluß „eine verant-

wortungsvolle pädagogische Arbeit zur nationalen Frage nicht geleistet“ werden könne.

Der nordrhein-westfälische Kultusminister Girsengroß ist jetzt von dem KMK-Beschluß offen abgerückt und hat für die Schulen in NRW einen eigenen Erlaß vorgelegt.

— Dieser läßt die völkerrechtliche Grundlage von der Fortexistenz des Deutschen Reiches unter den Tisch fallen.

— „Der Anfang zur Einheit Deutschlands liegt in unserem freiheitlichen, demokratischen, sozialen Rechtsstaat.“ Gegenüber dieser Vorstellung von einer Wiedervereinigung in Freiheit im KMK-Beschluß spricht der NRW-Erlaß von einer „Überwindung der deutschen Teilung“ in einem Prozeß „fortschreitender Entspannung, Verständigung und Zusammenarbeit“.

Hier zeigt sich einmal mehr, daß die SPD auch nach Afghanistan noch nicht verstanden hat, daß für die Sowjetunion „Entspannungspolitik“ und Ausdehnung ihres Machtbereichs nicht in Widerspruch stehen. „Fortschreitende Entspannung“ ermöglicht vielleicht eine Wiedervereinigung unter sozialistischen, nicht aber unter freiheitlichen Vorzeichen.

— Der NRW-Erlaß vermeidet jeden Hinweis auf den Unrechtscharakter des Systems in der DDR. Die im KMK-Beschluß hervorgehobene Forderung nach Gewährung der Menschenrechte für die Deutschen in der DDR wird ausgeklammert. Auf solchen Grundlagen kann bei unseren Schülern nur Unkenntnis und Verwirrung entstehen. Die Bundesregierung muß jetzt Farbe bekennen.

■ KRANKENHAUSFINANZIERUNG

Ein mangelhaftes Gesetz: Verwässerung statt Verbesserung

Das vom Bundestag mit den Stimmen der SPD/FDP verabschiedete Gesetz zur Änderung der Krankenhausfinanzierung wird trotz der langen Beratung keine Verbesserung der Situation bringen, sondern verwässert die Grundsätze zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und der Krankenhauspflege, erklärte MdB Stefan Höpfinger.

Das von der SPD/FDP-Bundesregierung eingebrachte Gesetz ist mangelhaft:

- vom Prinzip der Selbstkostendekkung wird abgewichen;
- Gesetzgebungskompetenzen der Länder werden eingeschränkt;
- bundeseinheitliche Regelungen und Planungsgrundsätze werden den Ländern für die Krankenhausbedarfsplanung vorgegeben;
- die laufenden Kosten für die Ausbildungsstätten einschließlich der Ausbildungsvergütungen bleiben weiter unberücksichtigt;
- mit bundeseinheitlichen Empfehlungen über Ausgaben der Krankenkassen für Krankenhauspflege wird die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser gefährdet und der Grundsatz der Kostendeckung eines sparsam wirtschaftenden, leistungsfähigen Krankenhauses preisgegeben.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dagegen wollte auch hier die Rechte der

Länder sichern und die Hereinnahme der laufenden Kosten der mit den Krankenhäusern verbundenen Ausbildungsstätten und der Ausbildungsvergütungen gewährleisten.

Ferner lag unser Bestreben darin, auch den kleinen und privaten Krankenhäusern — besonders auch in strukturschwachen Gegenden — die Krankenversorgung zu sichern.

Zur Vermeidung von zeitlichen Verzögerungen strebte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Festsetzung pauschaler Kostenwerte bei Errichtungskosten an. Dies hätte den Entscheidungsspielraum und die Eigenverantwortung der Krankenhausträger vergrößert und den erheblichen Prüfungsaufwand bei der Förderung nach dem Einzelfall wesentlich vermindert. Dies lehnte die SPD/FDP-Koalition ab.

Der für diese Gesetzesvorlage zuständige Bundesarbeitsminister Ehrenberg redete von „mehr Selbstverwaltung und weniger Staat“ und glaubte, es bliebe unbemerkt, wie er die Zuständigkeit in Krankenhausfragen den Ländern entreißen und in seinem Hause in den Griff bekommen will.

Das nun verabschiedete Gesetz zur Änderung der Krankenhausfinanzierung ist ein Schritt auf diesem Wege, doch die CDU/CSU-regierten Länder werden im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat andere Markierungspunkte setzen.

■ BÜROKRATIE

Union will Gesetzesflut eindämmen

Mit einem Gesetzentwurf und einer Reihe von parlamentarischen Anträgen will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion jetzt der viel beklagten Bürokratisierung zu Leibe rücken. Ziel der Initiative ist eine sprachliche und inhaltliche Vereinfachung von Gesetzen sowie die Eindämmung der „Gesetzesflut“.

Zu den von der Ad-hoc-Arbeitsgruppe Entbürokratisierung eingebrachten Anträgen erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Walter Althammer: Die von der CDU/CSU eingebrachten Anträge und der Gesetzentwurf für ein Rechtsbereinigungsgesetz stellen die konsequente politische Fortführung der Vorstellungen der CDU/CSU zur Entbürokratisierung von Staat und Gesellschaft dar.

Das Rechtsbereinigungsgesetz ist der erste Schritt zu einer materiellen Rechtsbereinigung, auf deren Grundlage zu sprachlich und inhaltlich klaren, insgesamt aber zu einfacheren Gesetzen zu kommen ist. Wenn selbst der Bundesminister der Justiz in mehreren Aufsätzen und Reden — zuletzt in Berlin — erklärt, er wolle sich zunächst per Computer einen Überblick über die bestehende Gesetzeslage verschaffen, um dann z. B. überholte Normen auszuscheiden, dann macht der von der Union eingebrachte Gesetzentwurf aus diesem — gewiß lobenswerten — Vorsatz des Bundesjustizministers eine Verpflichtung des Gesetzgebers. Nur auf diesem Wege kann dem für Bürger

und Beamte unerträglichen Paragraphenwirrwarr wirksam Einhalt geboten werden. Trotz aller Schwierigkeiten und Hemmnisse, die einer wirksamen Entbürokratisierung im Wege stehen, hat die Union damit einen ersten Schritt in die richtige Richtung gemacht, den die Regierung hätte tun müssen.

Ahnlich beklemmend ist für den Bürger die Situation auf dem Gebiet des Formular(un)wesens. Allenthalben verschafft der Staat dem Bürger Ansprüche, um die finanzielle Situation für den einzelnen zu verbessern. Will der Bürger die Ansprüche aber durchsetzen, muß er sich zunächst einmal durch einen Wust von Formularen fressen, die für ihn unverständlich und verworren sind. Auch hier wird der Antrag der CDU/CSU-Fraktion wirksame Abhilfen schaffen. Die Einhaltung der von der Union geforderten Grundsätze bei der notwendigen Neugestaltung unverzichtbarer Formulare garantiert, daß bei aller notwendigen Rationalisierung der Verwaltungsabläufe die Interessen der Menschen nicht vernachlässigt werden. Ist dem Bürger der Unsinn, der heute mit Formularen getrieben wird, ein Dorn im Auge, so ist es für die private Wirtschaft die Forderung des Staates nach immer mehr und immer präziseren statistischen Angaben, die mittlerweile bereits vielfältig mit mittelalterlichen Frondiensten zu vergleichen sind.

Mehr gegen Drogeneinfuhr tun

Der CDU-MdB Gerd Langguth hat die Bundesregierung aufgefordert, verstärkte Maßnahmen gegen die Einfuhr von Rauschgift in die Bundesrepublik zu ergreifen. Langguth nannte die Antwort der Regierung auf eine entsprechende Kleine Anfrage seiner Fraktion unzulänglich.

■ SPORT

Steuererleichterungen für Vereine – ein Erfolg der Union

Der Finanzausschuß hat am 19. März 1980 das Vereinsbesteuerungsgesetz abschließend beraten. Der wichtigste Beschuß ist die Einführung eines Steuerfreibetrages von 2400,— DM jährlich für nebenberufliche Übungsleiter, Ausbilder und Erzieher in gemeinnützigen Vereinen.

Damit ist ein jahrelang von der CDU/CSU-Fraktion immer wieder gefordertes und beantragtes Anliegen endlich verwirklicht, erklärte der stellvertretende Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Finanzausschuß, MdB Wolfgang Schäuble. Unser beharrliches Bohren hat endlich den Widerstand von SPD und FDP in dieser Frage gebrochen. Durch diesen Freibetrag wird das ehrenamtliche Engagement vieler Bürger in den gemeinnützigen Vereinen gefördert, und die Vereine werden von bürokratischem Ballast befreit.

Der Finanzausschuß hat ferner Verbesserungen für die gemeinnützigen Vereine bei der Steuerfreiheit von Überschüssen aus sogenannten Zweckbetrieben beschlossen, die ebenfalls in der Richtung unserer seit 1971 konsequent verfolgten Politik der Steuererleichterungen für gemeinnützige Vereine liegen. Schließlich sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Schach und Modellflugzeugsport, soweit er im sachlichen Zusammenhang mit der Großfliegerei betrieben wird, als gemeinnützig anerkannt werden.

Die CDU/CSU-Fraktion bedauert, daß die Koalitionsfraktionen eine Reihe wichtiger Anträge von uns abgelehnt haben. Das gilt vor allem für die weitergehende Befreiung der gemeinnützigen Vereine von Körperschafts-, Gewerbe-, Vermögens- und Umsatzsteuer. Nach dem Willen der SPD/FDP soll auch weiterhin der Staat den Löwenanteil der Mittel wegsteuern, die die Vereine selbst durch eigenen Einsatz ihrer Mitglieder für ihre gemeinnützigen Zwecke aufbringen.

Ebenso unverständlich bleibt, daß SPD und FDP unseren Antrag auf Aufnahme der Pflanzen- und Kleintierzucht in den Katalog der gemeinnützigen Zwecke abgelehnt haben. Während Kleingärtnervereine seit langem als gemeinnützig anerkannt sind, soll das etwa für die gleichartigen Vereine nicht berufsmäßiger Tierzüchter auch weiterhin nicht gelten.

Besonders grotesk war schließlich, daß SPD und FDP im Finanzausschuß geschlossen gegen die Spendenbescheinigungskompetenz für Sportvereine gestimmt haben, obwohl die Koalitionsmitglieder im Sportausschuß mit FDP-Fraktionsvorsitzendem Mischnik an der Spitze dafür stimmten. Die offensichtliche Verwirrung innerhalb der Koalition wird die Union nicht davon abhalten, ihre Politik der steuerlichen Förderung von gemeinnützigen Vereinen konsequent fortzusetzen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÖHR BEZAHLT

ZITAT

Reaktionen

Senator Byrd ist ein Mann der politischen Moral, ein Mann von Format. Wenn er nun sagt, er finde das europäische Verhalten in der Krise, „das Schwanken, das Wenn und Aber, das Leisetreten, fast zum Kotzen“, dann juckt es uns, ihm einiges entgegenzuhalten. Aber da Willy Daume, der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland, gerade gesagt hatte, alle Diskussionen dieser Tage schadeten der olympischen Idee und „sogenannte Intellektuelle, unzulängliche Kulturpolitiker und alle möglichen anderen verklemmten Leute“ griffen jetzt die Spiele an, da wir also mit solchen Argumenten wirklich nicht gut dastehen, betrachten wir lieber statt unserer amerikanischen Verbündeten uns selbst.

Daume bringt noch einmal das einfachste Argument vor: Der Ausfall der Olympischen Spiele bewirke nicht, im August

sei für die Sowjetunion so oder so alles vorbei; dagegen sei ihr Zorn zu fürchten. Das wäre es also: das Für und Wider des Boykotts als Stoff rein realpolitischer Erwägung. Doch ist die reine Vernunft der Gegenwart nicht immer die Weisheit der Zukunft. Ein Boykott der Spiele von 1936 wäre gewiß „realpolitisch“ sinnlos erschienen, und doch wären die Weichen für das Folgende anders gestellt worden; für Jahre, in denen in einer scheinbaren heilen deutschen Welt die deutsche Nation sich blindlings zur selbstverschuldeten Katastrophe hinarbeitete. Weit weniger Deutsche hätten sagen können, sie seien nicht gewarnt worden.

Selbstverständlich kann das hermetische sowjetische Imperium mit solchem Boykott zur Zeit nicht ins Wanken gebracht werden. Aber die Mahnung wurde gegeben. Und es ist ebenso wichtig, daß sich der Westen selbst ein Zeichen setzt, ein teilweise schmerzliches. Sonst ist er im August genausoweit wie die Sowjetunion und hat nicht bloß die olympische Kalamität vergessen, sondern auch Afghanistan dazu.

**Frankfurter Allgemeine Zeitung,
31. März 1980**

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD